

100.000 Euro Steuergeld für das "Würmer Parlament"!

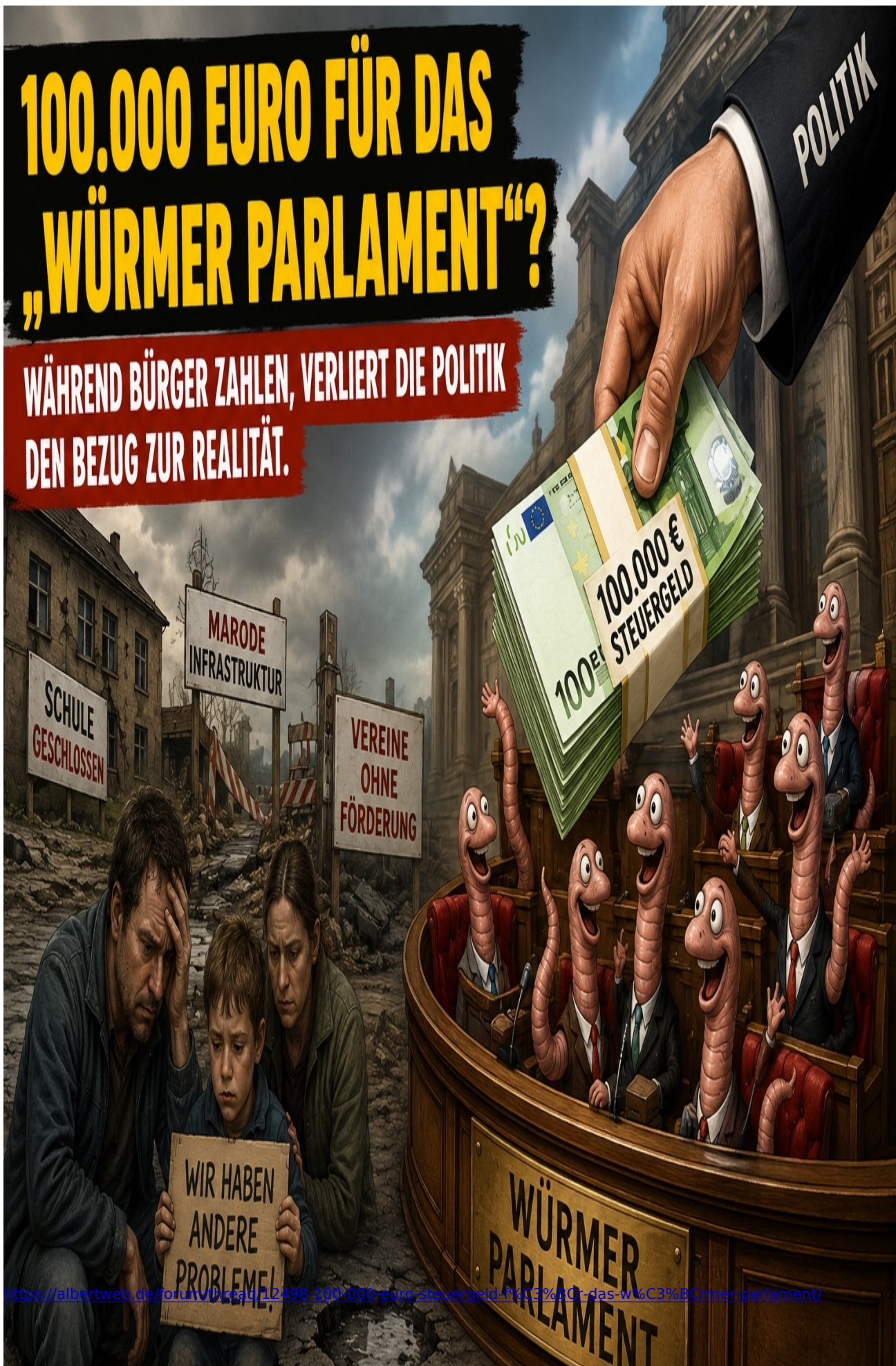
Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 7. Mai 2026, 07:44

Ist unsere Politik noch ganz bei Sinnen?

Mitten in einer Zeit, in der Bürger unter Rekordabgaben, steigenden Lebenshaltungskosten und einer sichtbar bröckelnden Infrastruktur leiden, werden erneut 100.000 Euro Steuergeld für ein umstrittenes Kultur- und Politikprojekt ausgegeben: das sogenannte "Würmer Parlament".

100.000 EURO FÜR DAS „WÜRMER PARLAMENT“?

WÄHREND BÜRGER ZAHLEN, VERLIERT DIE POLITIK
DEN BEZUG ZUR REALITÄT.



Dabei handelt es sich um eine künstlerisch-politische Installation im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025. Das Projekt verbindet Kunst, Performance und politische Botschaften rund um Demokratie, gesellschaftlichen Wandel und ökologische Themen.

Symbolfigur sind dabei Würmer, die stellvertretend für "unterirdische demokratische Prozesse" und neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe stehen sollen. Geplant sind öffentliche Veranstaltungen, Diskussionen, Performances und Installationen, bei denen das "Parlament der Würmer" als gesellschaftliches Experiment inszeniert wird.

Kritiker fragen völlig zurecht: Warum müssen Steuerzahler für derartige ideologische Kunst- und Symbolprojekte 100.000 Euro finanzieren?

Denn während Kommunen an Schulen, Sportstätten und sozialen Einrichtungen sparen, scheint für politisch aufgeladene Prestigeprojekte plötzlich immer Geld vorhanden zu sein. Viele Bürger empfinden solche Vorhaben längst nicht mehr als kreative Kulturförderung, sondern als realitätsferne Selbstbeschäftigung eines staatlich geförderten Kulturbetriebes.

Besonders brisant wird diese Debatte durch die generelle Ausgabenpolitik im Bereich "politische Bildung". Das Bundesamt für politische Bildung verfügt jährlich über rund 120 Millionen Euro Budget. Offiziell dienen diese Mittel der Demokratievermittlung und Aufklärung. Seit Jahren jedoch fließt ein erheblicher Teil dieser Gelder in Projekte, die gesellschaftspolitisch einseitige Narrative fördern und vor allem akademisch-aktivistische Milieus bedienen.

Das "Würmer Parlament" passt für viele genau in dieses Muster. Symbolik, viel politische Botschaft, aber kaum ein greifbarer Nutzen für die Bürger, die diese Projekte bezahlen müssen. Während Familien jeden Euro umdrehen, Mittelständler unter Bürokratie leiden und Vereine um kleine Zuschüsse kämpfen, werden sechsstelligen Summen für Performances und Kunstaktionen bereitgestellt, deren Wirkung oft unklar bleibt.

Hinzu kommt die fehlende Transparenz solcher Förderentscheidungen. Wer entscheidet eigentlich, dass ein "Würmer Parlament" 100.000 Euro wert ist? Welche konkreten Ergebnisse

sollen erreicht werden? Und wer kontrolliert am Ende, ob dieses Geld sinnvoll eingesetzt wurde?

Für viele Menschen ist genau das der Kern des Problems, dass unsere Politik und staatlich geförderte Kulturszene sich zunehmend von den echten Sorgen des Alltags entfernen. Statt Lösungen für Migration, Wirtschaftskrise, Wohnungsnot oder Infrastruktur zu liefern, entstehen immer neue Projekte mit symbolischem Charakter und politischer Botschaft.

Das "Würmer Parlament" ist deshalb weit mehr als nur ein Kunstprojekt. Es steht exemplarisch für eine Förderpolitik, bei der ideologische Inszenierungen offenbar wichtiger geworden sind als die Lebensrealität der Bürger.

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 7. Mai 2026, 10:53

Ein Beitrag von Kettner Edelmetalle:

06.05.2026

07:59 Uhr

Steuergeld für Würmer-Parlamente: Wie die Bundeszentrale für politische Bildung 100.000 Euro im Berliner Hinterhof versickern lässt

SKANDAL

STEUERGELD FÜR WÜRMER-PARLAMENT

109.000 Euro für Schnecken-Demokratie



Es gibt Nachrichten, bei denen man dreimal hinschauen muss, weil man nicht glauben kann, was man liest. Und dann gibt es Nachrichten aus Deutschland. Während Rentner in der Tafel Schlange stehen, marode Brücken über deutsche Autobahnen wackeln und Bundeswehrsoldaten mit Besenstielen üben, fließen über 100.000 Euro Steuergeld an einen Verein, der ein Parlament für Würmer, Schimmelpilze und das West-Nil-Virus organisiert. Sie haben richtig gelesen.

Die „Organismendemokratie“ - wenn Politik zur Realsatire wird

Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD hervorgeht, hat die beim Bundesinnenministerium angesiedelte Bundeszentrale für politische Bildung den Verein „organisms democracy e.V.“ mit insgesamt 109.124 Euro alimentiert: 59.124 Euro im Jahr 2023 sowie weitere 50.000 Euro im Jahr 2025. Hinzu kommen offenbar weitere Mittel aus der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie über die Stiftung für kulturelle Weiterbildung - über deren Höhe sich die Hauptstadt allerdings auf Nachfrage in vornehmes Schweigen hüllt.

Was wird da eigentlich gefördert? Der Verein erklärt auf seiner Website, er wolle die Demokratie öffnen für „die zwei bis zehn Millionen anderen Arten von Lebewesen, die gleichzeitig mit der dominanten Wirbeltierspezies Mensch den Planeten besiedeln“. Pflanzen, Wirbeltiere, Wirbellose, Pilze, Bakterien, Viren - alle sollen am politischen Prozess beteiligt werden. Man ahnt es: Hier ist niemand mehr zu retten.

Ein „Staatsgebiet“ in der Osloer Straße

Die ursprünglich aus Wien stammende Initiative hat im Berliner Wedding, genauer gesagt auf einer Grünfläche in der Osloer Straße 107/108, ein eigenes „Staatsgebiet“ ausgerufen. Dort tagt nun ein „Parlament der Lebewesen“ mit Fraktionen wie „Weichtiere und Würmer“, „Gliederfüßer“, „Pilze, Moose, Flechten“ sowie „Bakterien, Einzeller, Viren“. Die Interessen des West-Nil-Virus, das sich auch in Deutschland zunehmend ausbreitet, vertritt in der laufenden Legislaturperiode angeblich ein Berliner Konzeptkünstler mit argentinischen Wurzeln.

Damit es nicht langweilig wird, gibt es selbstverständlich auch einen „Wahlomat“, der Schnecken und Springschwänzen bei der Auswahl der passenden Fraktion helfen soll. Für die „Große Glanzschnecke“ und das Bakterium „Roseomonas terrae“ sei jedoch noch kein menschlicher Vertreter gefunden worden. Man stelle sich vor: Eine Wahlbeteiligung unter Glanzschnecken – vermutlich liegt die immer noch über jener bei der nächsten Bundestagswahl in einigen Berliner Stadtteilen.

„Weg mit der Natur! Her mit der Politik!“

Die Berliner Organismendemokratie hat sich sogar eine eigene Verfassung gegeben. Die Präambel beginnt – kein Witz – mit den Worten: „Weg mit der Natur! Her mit der Politik!“ Man möchte aus der „vermeintlichen Zwangsläufigkeit evolutionärer Entwicklung“ heraustreten. Die Evolution, jenes Prinzip, das uns vom Einzeller zum Menschen werden ließ, soll also abgeschafft werden – per Vereinsbeschluss. 2022 wurde die Verfassung „auf Antrag der Ulmenblattwespe Sarah Krit“ um ein zusätzliches Staatsziel ergänzt. Auch das ist kein Aprilscherz.

Bemerkenswert ist die Selbstverständlichkeit, mit der man sich beim Steuerzahler bedient. „Die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse wurden und werden in den bisherigen Organismendemokratien aus Fördergeldern von menschlichen Kommunen, Ländern und Staaten aufgebracht“, heißt es lakonisch auf der Website. Übersetzt: Der hart arbeitende deutsche Bürger finanziert die parlamentarische Vertretung von Schleimpilzen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung – politisch oder ideologisch?

Die Bundeszentrale für politische Bildung, einst gegründet, um deutsche Bürger über das demokratische System zu informieren, ist seit Jahren erkennbar auf einem ideologischen Linkskurs. Mit Sönke Rix bekam sie soeben einen ehemaligen SPD-Abgeordneten als neuen Präsidenten, der durch Pöbeleien gegen den politischen Wettbewerber bekannt wurde. Dass eine solche Institution allen Ernstes Würmer-Parlamente als „politische Bildung“ durchwinkt, sagt mehr über den Zustand dieser Behörde aus, als jede kritische Analyse es könnte.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Michael Ependiller, dessen Anfrage diesen Skandal aufdeckte, brachte es auf den Punkt: Wer das für politische Bildung halte,

habe den Bezug zur Realität verloren. Man müsse sich tatsächlich fragen, ob die Bundeszentrale für politische Bildung überhaupt noch eine Existenzberechtigung habe. Dem ist wenig hinzuzufügen.

Ein Symptom für den Zustand des Landes

Dieser Vorgang ist mehr als eine kuriose Randnotiz. Er ist symptomatisch für ein Land, in dem öffentliche Mittel mit der Gießkanne über jedes noch so abstruse linksgrüne Kunstprojekt verteilt werden, während Schulen verfallen, die innere Sicherheit erodiert und der Mittelstand unter Steuer- und Energielast ächzt. Während der CDU-Kanzler Friedrich Merz 500 Milliarden Euro neue Schulden für „Infrastruktur“ aufnimmt – und damit jedes Wahlversprechen der Union pulverisiert – plant der Berliner Senat Parlamente für Bakterien.

Die Frage ist nicht mehr, ob in diesem Land etwas falsch läuft. Die Frage ist, wie lange die deutschen Steuerzahler dieses Treiben noch finanzieren wollen. Wer angesichts solcher Projekte glaubt, sein Vermögen sei beim Staat in guten Händen, der irrt gewaltig. In Zeiten, in denen Hunderttausende Euro für Würmer-Parlamente verbrannt werden, gewinnt die Sicherung des eigenen Vermögens durch werthaltige, krisenfeste Anlagen wie physisches Gold und Silber an Bedeutung. Edelmetalle kennen keine Verfassung mit Ulmenblattwespen – sie sind seit Jahrtausenden unabhängiger Wertspeicher gegen den Wahnsinn der Zeit.

Hinweis: Dieser Beitrag stellt keine Anlageberatung dar. Er gibt ausschließlich die Meinung unserer Redaktion wieder. Jeder Anleger ist angehalten, eigenverantwortlich zu recherchieren und gegebenenfalls professionellen Rat einzuholen, bevor er Anlageentscheidungen trifft. Die Verantwortung für jede Anlageentscheidung liegt allein beim Anleger.